

Hybridorganisationen

Politische Herausforderungen an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und biophysischer Natur

Von Henning Laux

Zusammenfassung: Der Text verdichtet erstmals die vielschichtigen Beiträge Bruno Latours im Bereich der politischen Soziologie zu einem integrativen Prozessmodell mit ökologischem Leitmotiv. Auf dieser Grundlage wird die von Latour anvisierte Kreuzung zwischen Politik, Wissenschaft und biophysischer Natur durch das Konzept der Hybridorganisation genauer bestimmt. Abschließend wird das Model anhand von zwei Fallbeispielen – Deutscher Ethikrat und Weltklimakonferenz – auf seinen empirischen Gehalt untersucht. Dabei zeigt sich, dass die Demokratisierung der Natur bereits begonnen hat.

Problemstellung

Der folgende Text bemüht sich um eine konsistente Rekonstruktion und empirisch anschlussfähige Entwicklung von Bruno Latours Schriften zur politischen Soziologie. Um die sozialen Herausforderungen untersuchen zu können, die sich aus dem praktischen Zusammenspiel zwischen Politik, Wissenschaft und biophysischer Natur ergeben, wird das Konzept der Hybridorganisation vorgeschlagen. Zum Abschluss wird anhand von zwei Fallstudien zum Deutschen Ethikrat und zur Weltklimakonferenz geprüft, inwiefern diese Organisationen dazu beitragen, eine Demokratisierung von Ereignissen an der Natur-Kultur-Grenze herbeizuführen.

Bruno Latour hat vor vielen Jahren ein überaus rätselhaftes Buch veröffentlicht. Darin nimmt er ethnografische Laborstudien über die Konstruktion wissenschaftlicher Tatsachen und zeitdiagnostische Betrachtungen über den Zusammenbruch der modernen Weltanschauung zum Anlass für die Forderung nach einem „Parlament der Dinge“ (Latour 1999). Er wendet sich damit gegen die kulturhistorisch eingeschliffene Vorstellung einer Demokratie, die auf die Regulierung zwischenmenschlicher Beziehungen beschränkt bleibt. In Abgrenzung dazu argumentiert er, dass auch die (wissenschaftliche) Erkundung, Einverleibung und Veränderung der biophysischen Umwelt als konstitutives Element der politischen Praxis begriffen werden müsse. Die massive Umgestaltung und Erweiterung des Kollektivs durch die wissenschaftlich-technische Hybridisierung von Natur und Kultur dürfe nicht länger der Kontrolle durch demokratische Institutionen entzogen werden. Ohne eine Demokratisierung wissenschaftlicher Aktivitäten sei weder die Ausbreitung riskanter Mischwesen noch die Zerstörung planetarischer Lebensgrundlagen zu verhindern.

In Latours Studien zu den gesellschaftlichen Naturverhältnissen lassen sich zwei Zugriffsformen unterscheiden: Einerseits bemüht er sich um eine dramaturgische Zuspitzung der Bedrohung, indem er den Planeten Erde als rachsüchtigen Akteur auftreten lässt („Gaia“), der damit begonnen hat, die lästig gewordene Menschheit durch globale Katastrophen von seiner Oberfläche zu tilgen. In diesem apokalyptischen Szenario müssen die Triebkräfte der planetarischen Zerstörung zu Feinden erklärt und in offenen Konflikten bekämpft werden. Dieses Modell findet sich in dem als Hörspiel vertonten Theaterstück „Kosmokoloss“ (Latour 2013) und den bislang nur auf Französisch publizierten Gifford Lectures „Facing Gaia. Six lectures on the political theology of nature“ (Latour 2015). Eine zweite Argumentationslinie ist weniger wortgewaltig, sie zielt auf die Bewältigung der Ökologiekrise durch sozialwissenschaftliche Diplomatie und ist akademisch sehr viel anschlussfähiger und detaillierter ausgearbeitet. Dieser Denkweg beginnt mit dem „Parlament der Dinge“ (Latour 1999 a), setzt sich fort in Arbei-

ten wie „What if we talked politics a little?“ (Latour 2003), „Making things public: atmospheres of democracy“ (Latour / Weibel 2005) oder „Turning around politics. A note on Gerard de Vries' paper“ (Latour 2007 a) und erreicht seinen (vorläufigen) Höhepunkt mit dem Buch über die „Existenzweisen“ der Moderne (Latour 2014 b). Die folgende Untersuchung konzentriert sich auf diese zweite Argumentationslinie und adressiert drei Probleme, die bis heute eine produktive Auseinandersetzung mit Latours politischer Soziologie verhindern.

Die erste Schwierigkeit besteht darin, dass Latour auf eine systematische Darstellung seiner Konzepte in Auseinandersetzung mit dem sozialwissenschaftlichen Wissensbestand weitgehend verzichtet (Schroer 2008). Selbst bei den wenigen Autoren, auf die er sich in seiner politischen Soziologie beruft, wie Gabriel Tarde oder John Dewey, ist er nicht an einer exegetischen Auseinandersetzung interessiert. Dieser Mangel verschärft sich angesichts der Form, in der die Abgrenzung zu konkurrierenden Ansätzen stattfindet. Die dabei geäußerte Kritik geht selten über Randnotizen hinaus. So werden Klassiker der politischen Ideengeschichte wie Platon und Thomas Hobbes für die Verwissenschaftlichung der Politik kritisiert (Latour 1991: 22ff), Jürgen Habermas für die anthropozentrische Verengung des Politikbegriffs (Latour 1999: 341), Jacques Derrida und Michel Foucault für die machtsoziologische Verkürzung der politischen Kreisbewegung (Latour 2007 a), Ulrich Beck für seinen ethnozentristischen Kosmopolitismus (Latour 2004) oder Carl Schmitt für die phantasmatische Vorstellung vom einsamen Souverän (Latour 2003: 163, 2015). Man kann die von Latour vorgebrachten Einwände teilen oder nicht – fest steht auf jeden Fall, dass er zu wenig unternimmt, um seine Lesart zu begründen. Stattdessen konzentriert er sich darauf, eine ideengeschichtliche Nische zu erzeugen, in der sein eigenes Modell artikuliert werden kann. In jüngster Zeit treten die Implikationen seines Denkens zwar deutlicher hervor, doch es ist noch immer unklar, inwieweit seine verstreuten Studien zur Politik durch ein gemeinsames Motiv zusammengehalten werden, das sich von den etablierten Ansätzen abhebt (Laux 2011). In einem ersten Untersuchungsschritt wird daher ein integratives Modell entwickelt, das Elemente aus verschiedenen Werkphasen Latours zusammenbindet.

Ein zweites Defizit zeigt sich im Verhältnis zwischen Politik und Gesellschaft. Latour plädiert für ein weites Konzept von Politik, das weder auf eine Menschengesellschaft noch auf berufspolitische Leistungsproduktionen beschränkt bleibt. Gleichzeitig will er die Begriffskonturen schärfen. Politik soll trotz Bedeutungsverschiebung nicht zum Synonym für das Soziale mutieren, sondern als klar unterscheidbarer Assoziationsmodus begriffen werden. Im Kontrast zu anderen Spielarten der soziologischen Differenzierungstheorie betont Latour, dass die Politik trotz ihrer unverwechselbaren Eigenlogik auf die operative Einbeziehung ökonomischer, wissenschaftlicher oder juristischer Kompetenzen angewiesen ist. Dieses Zusammenwirken bezeichnet er als „Kreuzung“ (Latour 2014 a: 103). Eine Kreuzung zwischen Politik und gesellschaftlicher Umwelt liegt vor, sobald es zur Ermöglichung, Unterstützung oder Transformation politischer Operationen durch andere Formen der Assoziation kommt. Latour verrät jedoch wenig darüber, wie man sich das Zusammenspiel verschiedener Operationsketten im Praxisvollzug vorzustellen hat. Konzeptuell bleibt offen, welche Mechanismen dabei eine Rolle spielen. Ein zweiter Untersuchungsschritt wird daher über die Arbeiten Latours hinausgehen und die Schnittstelle zwischen Politik und (gesellschaftlicher) Umwelt genauer bestimmen. Hierzu wird das Konzept der „Hybridorganisation“ vorgeschlagen und entwickelt.

Eine dritte und letzte Schwierigkeit ergibt sich im Hinblick auf den empirischen Gehalt des Modells. Latours politische Schriften sorgen für Irritationen, weil sie keine Aussage darüber enthalten, ob eine Utopie entwickelt, ein praktischer Designvorschlag unterbreitet oder eine realistische Beschreibung gegenwärtiger Institutionen präsentiert wird. Träger und Arenen der skizzierten Politik werden nicht benannt. Diese Unbestimmtheit hat in der Forschungsliteratur unweigerlich zu Spekulationen und Kontroversen eingeladen (Blok 2013; Gießmann 2009).

Daher soll die bislang exegetisch geführte Kontroverse über den Status des Politikmodells durch eine empirisch gehaltvolle Untersuchung bereichert werden. Anhand von zwei Fallbeispielen wird erforscht, wie sich das Verhältnis von Politik, Wissenschaft und Natur im Praxisvollzug darstellt. Im Zentrum steht dabei die Frage, inwiefern Hybridorganisationen wie der Deutsche Ethikrat und die Weltklimakonferenz als empirische Manifestationen von Latours Forderung nach einem Parlament der Dinge begriffen werden können.

Aus dieser dreifachen Problemstellung ergibt sich der folgende Untersuchungsaufbau: Ausgehend von der Entwicklung eines integrativen Modells der Politik im Sinne Latours (1.) wird die Kreuzung zwischen Politik, Wissenschaft und Natur über das Konzept der Hybridorganisation genauer bestimmt (2.). Und von hier aus wird in einem abschließenden Schritt analysiert, inwiefern Hybridorganisationen wie der Deutsche Ethikrat und die Weltklimakonferenz dazu beitragen, die geforderte Demokratisierung von Entwicklungen an der Natur-Kultur-Grenze herbeizuführen (3.).

1. Demokratische Politik als Kreisbewegung

Der Begriff der Politik verweist in aller Regel auf einen klar eingrenzenden Lebensbereich oder ein institutionalisiertes Verfahren. Latour versucht im Rückgriff auf den Pragmatismus bei John Dewey und William James mit dieser Vorstellung zu brechen (Lamla 2013; Latour 2007 b). Er favorisiert eine operative Perspektive, bei der die fallspezifische Zirkulation und gegenstandssensible Bearbeitung von Problemen in den Vordergrund rückt (Latour 2007 a: 814 f). Dafür modelliert er die Existenzweise der Politik als Kreisbewegung, die sich um öffentliche Streitsachen dreht. Erst aus diesem problemzentrierten Prozess ergeben sich dann verschiedene Gruppen und Aggregate (Latour 2003: 148). Die Kreisbewegung weist zwei Hälften auf, die in der alltäglichen Praxis strikt zu trennen sind: eine „einbeziehende“ und eine „ordnende Gewalt“. Die erste Kammer entfacht und entwickelt Kontroversen, das bestehende Kollektiv wird in Alarmbereitschaft versetzt und bringt im Erregungszustand verschiedene Sprecher und Willensbekundungen hervor (Logik der Willensbildung). Die zweite Kammer ordnet die öffentliche Debatte, institutionalisiert die Ergebnisse der Auseinandersetzung und bildet ein erneuertes Kollektiv (Logik der Regierung).

Aus der demokratischen Gewaltenteilung zwischen Ober- und Unterhaus ergibt sich ein „Parlament der Dinge“ (Latour 1999 a: 147), in dem Streitsachen maximal sechs verschiedene Stadien durchlaufen. In jeder Phase greift ein bestimmter Modus der Politik. Politik bleibt nicht auf die Aktivitäten staatlicher Institutionen beschränkt, sondern alle, die etwas zum politischen Kreislauf beitragen, handeln bzw. reden „politisch“. Latour hebt fünf „Berufsstände“ hervor, deren Kompetenzen für die verschiedenen Stadien des politischen Prozesses von entscheidender Bedeutung sind: Wissenschaftler, Politiker, Ökonomen, Moralisten und Administratoren (Latour 1999 a: 179ff, 256ff). Sachlich können alle Issues, die Konsequenzen für das Zusammenleben haben, zum Gegenstand politischer Auseinandersetzungen werden – also auch und gerade die Elemente der biophysischen Umwelt (Latour 2005). Schließlich hängt die räumliche Reichweite politischer Prozesse weniger von territorialen Grenzen, sondern vom Mobilisierungspotenzial einer Streitsache ab. So verlangt der Klimawandel eine andere Versammlung als die Weltfinanzkrise, die deutsche Integrationspolitik, der Protest gegen das Bahnprojekt „Stuttgart 21“ oder der geplante Kunstrasen in einem sportbegeisterten Dorf. Weil die Logik der politischen Existenzweise somit keine räumlichen, sachlichen oder sozialen Grenzen kennt, spricht Latour im Anschluss an Isabell Stengers mitunter auch von „Kosmopolitik“ (Latour 1999 b: 365).

Das erste Stadium, das Streitsachen durchlaufen, wird in Latours Prozessmodell als „Perplexität“ (Latour 1999 a: 296) bezeichnet. Ein Ereignis bringt die bestehende Ordnung durcheinander, bricht mit eingeschliffenen Gewohnheiten, stört die gültige Definition des Kollektivs

und irritiert das Zusammenleben. Dabei kann es um wissenschaftliche Erfindungen, technische Innovationen oder gesellschaftliche Entwicklungstrends gehen. Die existenzbedrohliche Situation von Kriegsflüchtlingen auf überfüllten Booten im Mittelmeer muss demnach ebenso als politischer Vorgang bewertet werden wie das Auftreten einer prekären Mittelschicht, die Entwicklung des Internets oder die künstliche Gewinnung von waffenfähigem Plutonium. Die Erfassung dieser politischen Momente der Perplexität reklamiert Latour (2007 a: 818) für den Bereich der Science and Technology Studies (STS).

Die zweite Phase im Leben einer Streitsache ist die der „Konsultation“ (Latour 1999 a: 291). Das Issue versammelt Betroffene und Beteiligte, erregt öffentliches Interesse und evoziert verschiedene Zeugen und Sprecher, da es mit Konsequenzen verbunden wird, die als wünschenswert oder problematisch erachtet werden. Wissenschaftliche Propositionen erzeugen häufig nur kleine Fachöffentlichkeiten. Wenn neue Fruchtfliegenarten oder Planeten entdeckt werden, dann wird solchen Ereignissen meistens kaum eine Bedeutung für das kollektive Zusammenleben zugeschrieben. Phänomene wie die steigende Altersarmut in Europa, der Klimawandel oder weltweite Flüchtlingsströme sorgen hingegen für breites Interesse und zahlreiche Konflikte. Zur vertieften Auseinandersetzung mit diesem zweiten Modus der Politik verweist Latour (2007 a: 816 f) auf die Pionierarbeiten von John Dewey und Jürgen Habermas zur politischen Öffentlichkeit.

In der dritten Phase kommt es zur „Hierarchisierung“ (2007 a: 816 f), d.h. das öffentliche Issue wird von staatlichen Institutionen unter Einbeziehung verschiedener Kompetenzen in eine konkrete Fragestellung übersetzt, die entscheidungsförmig bearbeitet wird. Dafür werden konkurrierende Ziele und Lösungen untereinander abgewogen. Im Modus der Hierarchisierung geht es darum, wie das Kollektiv zusammengesetzt werden soll, dabei spielen komplexe Grenzfragen über die Aufnahme bzw. Exklusion von Positionen und Personen eine wichtige Rolle. So stellt sich gegenwärtig die gesellschaftspolitische Frage, ob Kriegsflüchtlinge an den Grenzzäunen der EU abgewiesen werden sollten, um eine unkontrollierte Massenzuwanderung zu vermeiden oder ob man am Asylrecht festhält, die Leute einreisen lässt, Unterkünfte baut und Integrationsbemühungen intensiviert. Diese dritte Phase fällt, wenn ich Latour (2014 a: 456ff) richtig verstehe, in den Verantwortungsbereich gewählter Repräsentanten. Sie müssen zu Kompromissen gelangen, Mehrheiten organisieren und kollektiv verbindliche Entscheidungen treffen. Obwohl Latour beim Moment der Hierarchisierung gelegentlich auch auf Carl Schmitts politischen Dezisionismus verweist (Latour 2014 a: 476), steht er den Betrachtungen von Niklas Luhmann (2015) zur kollektiv verbindlichen Entscheidung damit wesentlich näher.

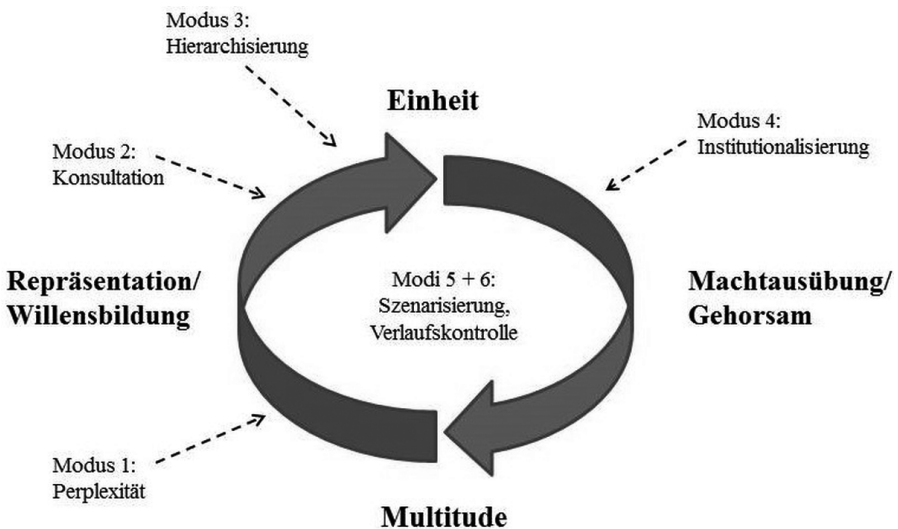
Nach erfolgter Hierarchisierung kommt es in einem vierten Schritt zur „Institutionalisierung“ (Latour 1999 a: 290) der getroffenen Entscheidung. Die Kontroverse wird beendet, die Konfliktparteien gehen auseinander und die umstrittene Angelegenheit entwickelt sich unter dem disziplinierenden Einfluss von Organisationen zur unhinterfragten Normalität. Auch an dieser Stelle adressiert Latour einen Politikmodus, der durch soziologische Ansätze bereits gut erschlossen ist. So ist die Herausarbeitung der Institutionalisierungsphase nach seiner Überzeugung ein Verdienst von poststrukturalistischen und geschlechtersoziologischen Ansätzen im Anschluss an Michel Foucault und Judith Butler (Latour 2007 a: 817), die sich mit den normalisierenden Effekten bestimmter Subjektivierungsweisen auseinandergesetzt haben.

Die institutionelle Beilegung von Konflikten wird in Latours Prozessmodell als temporärer Gleichgewichtszustand vorgestellt, politische Kompromisse stehen unter Vorbehalt, sie sind Gegenstand von Verlaufskontrollen. Entscheidungen sind „vorläufig-endgültig“, sie werden als Gesetze oder Regeln abgespeichert, um experimentelle Lernprozesse zu ermöglichen, doch der politische Kreislauf wird wieder aufgenommen, sobald es exkludierten Willensbekundungen gelingt, sich im Rahmen institutionalisierter Verfahren oder widerständiger Praktiken Gehör zu verschaffen (Latour 1999: 251 ff). Im Extremfall könnten brennende Asylbewerber-

heime oder gewaltsame Auseinandersetzungen dazu führen, dass mühsam ausgehandelte Aufnahmemedialitäten für Flüchtlinge erneut zur Disposition gestellt werden.

Schließlich gibt es bei Latour noch einen sechsten Modus der Politik, nämlich den Mechanismus der „Szenarisierung“, der die Kreisbewegung vollendet und in gewisser Weise an Benedict Andersons (2002) Überlegungen zu „imagined communities“ erinnert. Im Zuge der Szenarisierung kommt es zur performativen Darstellung und Zusammenschau des neu zusammengesetzten Kollektivs, das sich aus der Verhandlung ergeben hat. Das könnte im vorliegenden Beispiel etwa bedeuten, dass ein zunächst eher christlich geprägtes Abendland den Islam im Rahmen offizieller Selbstbeschreibungen allmählich als integralen Teil seiner Kultur begreift – oder dies explizit ablehnt. Abbildung 1 gibt einen Überblick über die verschiedenen Stationen des politischen Kreislaufs.

Abbildung 1: Der kosmopolitische Kreislauf¹



Ausgehend von diesem sechsstufigen Phasenmodell lässt sich mit Hilfe neuerer Schriften Latours (2014 b: 449ff) präzisieren, worin die Besonderheit der Politik im Vergleich zu den anderen Existenzmodi der Gesellschaft liegt. Das Kollektiv fällt keineswegs mit dem politischen Gemeinwesen zusammen, vielmehr geht Latour in differenzierungstheoretischer Perspektive davon aus, dass in der Moderne viele weitere Operationsketten am Werk sind (Religion, Recht, Organisation, Technik, Moral, Fiktion etc.). Zunächst macht sich die Politik wie alle anderen Existenzweisen durch eine Unterbrechung im Strom der Ereignisse bemerkbar. Das Charakteristikum der *politischen* Unterbrechung besteht darin, dass der Wille von Millionen nicht bruchlos repräsentiert werden kann, er muss vielmehr verändert werden, um eine Einigung zwischen heterogenen Ansprüchen herbeizuführen. Aus der konflikthaften Konsultation lässt sich kein gemeinsamer Nenner extrahieren, Gemeinsamkeiten müssen auf politischem Wege hergestellt werden. Dazu müssen die einzelnen Willensbekundungen transfor-

¹ In die Abbildung sind verschiedene Texte Latours eingegangen, wobei hier insbesondere die früheren Arbeiten über das Parlament der Dinge mit den aktuelleren Studien zur politischen Existenzweise verknüpft wurden. Es handelt sich demnach um eine Darstellung, die bei Latour selbst so nicht zu finden ist.

miert werden, auch wenn dies dazu führt, dass sich einige Sprecher am Ende „übergangen“ oder gar „verraten“ fühlen. Ein gemeinsamer Wille kann keine Grundlage für kollektive Entscheidungen bilden, denn dieser Wille muss bei Streitsachen stets hervorgebracht werden, er liegt in der Zukunft, nicht in der Vergangenheit. Ebenso verfehlt wie der Glaube an eine Harmonie von Interessen („Einheit“), die lediglich entdeckt werden muss, ist für Latour die Vorstellung einer bloßen Exekution politischer Vorgaben in einem politischen Gemeinwesen. Es ist unvermeidlich, dass bei der Implementierung politischer Entscheidungen eine Verschiebung stattfindet. Selbst wenn der Wille zum Gehorsam in allen Behörden und Bevölkerungsteilen vorhanden wäre, bleibt jedwede Regel uneindeutig und auslegungsbedürftig – wie Ludwig Wittgenstein (1989: 287ff) mit seinen Ausführungen zum „infiniten Regelregress“ gezeigt hat. Politische Vorgaben realisieren sich je nach Kontext auf unterschiedliche Weise, sie stoßen auf Widerstände und werden durch kreative Prozesse der Regelauslegung fallspezifisch ausgestaltet („Multitude“).

Das Gesetz, dem Bürgerinnen und Bürger unterworfen werden, ist gemäß dem Versprechen der Demokratie das Resultat ihrer Willensbekundungen und sie können daher aus freien Stücken gehorchen. Latour erinnert allerdings daran, dass die Heteronomie ein konstitutiver Bestandteil des politischen Kreislaufs bleibt, der nicht getilgt werden kann. Das Kollektiv ist niemals perfekt. Es wird stets Minderheiten geben, deren Meinung übergangen wird, und Exkludierte, die nicht als legitime Sprecherinnen anerkannt werden. Daher ist es für Latour von zentraler Bedeutung für die demokratische Kultur, dass der Kreislauf immer wieder initiiert wird, nur so ist sichergestellt, dass ausgeschlossene Positionen künftig die Chance bekommen, zum integralen Bestandteil des Kollektivs zu werden. Die politische Existenzweise erschöpft sich nicht im einmaligen Vollzug, erst die unaufhörliche Wiederaufnahme der Bewegung erzeugt freie und autonome Bürger (Latour 2014 a: 466ff). Darin liegt die Attraktivität und Verheißung dieser Subjektivierungsform und der Schlüssel zu einer stabilen Ordnung. In Anlehnung an Jacques Derrida könnte man also sagen, dass die Demokratie nur von Dauer sein kann, wenn sie „im Kommen bleibt“ (Derrida 2003: 123). Die Wiederaufnahme der Kreisbewegung ist notwendig für die Reproduktion demokratischer Ordnungen.

Trotz des formalen Prozessmodells sind die Inhalte der Kreisbewegung für Latour keineswegs beliebig, die politische Existenzweise besitzt ein klares *Erfolgs- bzw. Misserfolgskriterium*, mit dem sich gute von schlechten Politikentwürfen unterscheiden lassen. Politik erfüllt nur dann ihren historisch eingeschliffenen Zweck, wenn sie auf die Erzeugung von Gruppen und Öffentlichkeiten ausgerichtet ist. Sie muss den Kreislauf der Repräsentation und Regierung in Gang halten und so das Kollektiv schrittweise erweitern: „Politik soll zögern, tasten, experimentieren, wieder aufgreifen, immer wieder beginnen, regelmäßig ihre Arbeit an der Komposition auffrischen. Jedes wichtige Thema, jede Affäre, jedes Objekt, jedes Ding, jedes ‚Issue‘, alles von Belang wird man wieder anfangen müssen. Es gibt nichts, was man als solches von einer Situation auf die andere übertragen könnte, jedes Mal wird man anpassen müssen und nicht anwenden können, entdecken und nicht ableiten“ (Latour 2014 a: 29). Alles, was keinen Beitrag zu dieser zirkulären Bewegung beisteuert, ist für sich genommen also kein politisches Handeln, sondern allenfalls ein kommunikatives Raunen *über* Politik (Latour 2014 b: 200ff, 476ff).

Der unverzichtbare Beitrag der politischen Assoziationsweise besteht darin, die Multitude zerstreuter Individuen in eine Einheit zu überführen, die dazu in der Lage ist, „wir“ zu sich selbst zu sagen (Latour 2014 b: 479). Dabei spielen Konflikte eine wesentliche Rolle, denn erst die Artikulation von Dissens erzwingt die Wiederaufnahme der Kreisbewegung und steigert die Autonomie. Der politische Prozess wird als unabschließbares Experiment vorgestellt, das keinen anderen Zweck kennt als die Konstruktion einer gemeinsamen Welt, in der möglichst viele Propositionen ihren Platz finden. Ohne die „Alterierung“ der politischen Existenzweise

würden sich die Gemeinsamkeiten auflösen und die Modernen fielen zurück in den Hobbeschen Naturzustand (Latour 2014 b: 482). Soziale Aggregate müssen beständig hervorgebracht werden. Ohne den Vergesellschaftungsmodus der Politik wäre ein Zusammenleben unmöglich.

Mit dieser starken Wertung ist Latours operative Theorie der Politik in ihren Grundzügen dargestellt. Es dürfte deutlich geworden sein, dass die mit dem Modell einhergehenden Kriterien nicht von einer einzelnen Institution erfüllt werden können. Vielmehr wird ein politischer Prozess beschrieben, der je nach Streitgegenstand verschiedene Teile des Kollektivs erfasst, passfähige Institutionen benötigt und unterschiedliche Kompetenzen erforderlich macht. Es gibt nicht ein zentrales Parlament, in dem alle „Dinge“ verhandelt werden, sondern viele dezentrale Parlamente, die um konkrete Streitgegenstände kreisen und dadurch Autonomie produzieren.

Latours Beitrag erschöpft sich jedoch nicht in einer differenzierungstheoretischen Bestimmung der politischen Existenzweise. Seinen Arbeiten liegt ein klares Leitmotiv zugrunde, aus dem hervorgeht, welche Issues in der Gegenwart besondere Aufmerksamkeit verlangen. Als entscheidende Bedrohung gilt ihm die wissenschaftlich beförderte, aber demokratisch unkontrollierte Hybridisierung sowie der damit verbundene Wandel der planetarischen Lebensgrundlagen im Anthropozän.² Latour zufolge rühmen sich die Modernen dafür, dass es ihnen gelungen ist, die Welt zu rationalisieren, indem sie gelernt haben, unbestreitbare Tatsachen von Aberglaube und Ideologie zu unterscheiden. Doch diese Narration sei eine Selbsttäuschung, denn Natur und Gesellschaft werden zwar in der sprachlich vermittelten Reflexion per „Reinigungsarbeit“ (Latour 1991: 18) säuberlich voneinander getrennt, in der Praxis komme es hingegen durch die „Vermittlungsarbeit“ (Latour 1991: 18) zu einer immer stärkeren Verschränkung der offiziell getrennten Pole. In der Vormoderne wäre das noch unmöglich gewesen, denn man ging davon aus, dass jede Veränderung der Naturordnung zu einer Veränderung der Gesellschaftsordnung führt, jede einzelne Innovation wurde daher mit äußerster Vorsicht begutachtet und im Zweifelsfall unterbunden (Latour 1991: 58). Die modernen Kollektive verleiben sich dagegen die Natur ein, sie vermehren die „Hybriden“ (Latour 1991: 7ff) und lassen „Tausende von Naturobjekten in den Gesellschaftskörper einströmen“. Im Grunde spielt sich „alles in der Mitte ab, alles passiert zwischen den beiden Polen, alles geschieht durch Vermittlung, Übersetzung und Netze, aber dieser Ort in der Mitte existiert nicht, dafür ist kein Platz vorgesehen. Hier liegt das Ungedachte, das Unbewußte der Modernen“ (Latour 1991: 53). Wie bizarr die technischen Innovationen und künstlichen Erzeugnisse auch waren, die aus der Vermittlungspraxis hervorgingen, „sie stellten kein Problem dar, denn sozial gesehen existierten sie nicht, und ihre monströsen Folgewirkungen waren niemandem zuzuschreiben“ (Latour 1991: 59), da in den Laboratorien der Wissenschaft nach allgemeiner Auffassung schließlich nichts weiter getan wurde, „als die Gesetze der Natur zu entdecken“ (Latour 1991: 60).

In der Gegenwart erreicht die Ausbreitung der Hybriden in Latours Augen einen kritischen Schwellenwert, an dem das bisherige Grenzregime zu zerfallen droht. Das Reinigungssystem ist überfordert angesichts der schieren Masse an komplexen Mischwesen, die zwischen Subjekt- und Objektpol oszillieren: Ozonloch, Klimawandel, technische Implantate, unbemannte Drohnen, Softwareagenten, genmanipulierte Nahrung etc. Es gibt zweifellos Versuche zur politischen Reflexion und Kontrolle wissenschaftlicher Entwicklungen. Etwa wenn sich poli-

2 In Latours politischer Soziologie finden sich zwei weitere Leitmotive, auf die ich im vorliegenden Text nicht weiter eingehen kann: (1.) *Differenzierungspolitik* im Sinne einer diplomatischen Vermittlung zwischen den verschiedenen Existenzweisen der Moderne und eine darauf aufbauende (2.) *Kosmopolitik*, bei der unter veränderten Vorzeichen ein diplomatischer Austausch zwischen „den Modernen“ und „den Anderen“ stattfinden soll (vgl. Latour 2014 b; Laux 2016).

tische Entscheidungsträger gegen den Einsatz hybrider Technologien wenden, deren Risiken als zu hoch eingeschätzt werden (Bsp. Atomkraft, Klonverbot, Climate Engineering). Trotzdem sind die riskanten Wechselwirkungen zwischen Gesellschaft und Natur im Laufe der Zeit immer wieder in den Hintergrund gerückt worden (Beck 1986). Latour adressiert diesen blinden Fleck. Er will wissenschaftlich-technische Innovationen nicht aus einer konservativen Geisteshaltung heraus verhindern. Es geht ihm vielmehr darum, dass die automatische, unreflektierte und intransparente Ausweitung des Kollektivs beendet werden muss. Denn die fortschreitende Hybridisierung hat aus seiner Sicht Dynamiken in Gang gesetzt, die von Klimaforschern seit einigen Jahren als existenzielle Bedrohung der Menschheit eingestuft werden. Die gesellschaftlichen Naturverhältnisse geraten im Gefühl dieser unmittelbaren Bedrohung in bislang ungekannter Schärfe auf die Monitore der Gesellschaft (Beck / Latour 2014; Brand 2014; Dörre 2014; Lindemann 2014; Rosa 2016; Schroer 2015; Welzer 2008). Und Latour (1991) war sicherlich einer der ersten Soziologen, der die Tragweite der ökologischen Gefährdung öffentlichkeitswirksam kommuniziert hat.

2. Hybridorganisationen

Die Rekonstruktion in Abschnitt 2 hat Latours Arbeiten zu einem formalen Politikmodell und einem politikökologischen Leitmotiv verdichtet. Dabei wurde ein Defizit sichtbar, auf das wir bereits zu Beginn der Untersuchung gestoßen sind: Latour identifiziert an der Natur-Kultur-Grenze ein politisches Problem, sagt aber nichts darüber, *wie* die Kontrolle wissenschaftlich-technischer Innovationen aussehen könnte und welche Institutionen dafür in Frage kommen. Ich möchte daher im nächsten Schritt Arenen skizzieren, die zur Bearbeitung derartiger Probleme in einer polyzentrischen Gesellschaft ausgerüstet sind.

Wenn in der Soziologie zwischen Wertsphären, Teilsystemen, Feldern, Welten, Rechtfertigungsregimen oder Existenzweisen unterschieden wird, dann stellt sich die Frage, wie diese Sphären zusammenhängen. Niklas Luhmann (1984) spricht in diesem Zusammenhang von „strukturellen Kopplungen“ zwischen „autopoietischen Systemen“, die sich von ihrer Umwelt lediglich „irritieren“ lassen. Pierre Bourdieu (1996) versteht seine „sozialen Felder“ mit einem „autonomen“ und einem „heteronomen Pol“ und hält „Intrusionen“, also Übergriffe zwischen Feldern, für möglich. Latour (2014 a) geht noch einen Schritt weiter, was den Grad der Verflechtung angeht: Er geht von der „operativen Kreuzung“ verschiedener „Existenzweisen“ aus und zeigt zugleich, dass in der Moderne „Kategorienfehler“ auftreten, bei denen einzelne Modes bis zur Unkenntlichkeit miteinander amalgamiert und zum Verschwinden gebracht werden.

Die Frage nach dem Verhältnis zwischen verschiedenen Wertsphären drängt sich für Latour (und andere Differenzierungstheorien) nun vor allem dann auf, wenn es um den Modus der Politik geht. Denn die Generierung kollektiv verbindlicher Entscheidungen scheint nur möglich, wenn es der Politik gelingt, Einfluss auf rechtliche, ökonomische, religiöse oder wissenschaftliche Entwicklungen zu nehmen. Andernfalls wäre weder eine aktive Gestaltung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen noch eine reaktive Bewältigung sozialer Krisen und Funktionsstörungen denkbar. Darüber hinaus geht Latour davon aus, dass die Kompetenzen von Wissenschaftlern, Juristen oder Ökonomen aktiv in den politischen Prozess einbezogen werden müssen. Doch wie kann diese Aufgabe erfüllt werden angesichts sozialer, sachlicher, räumlicher und zeitlicher Differenzen?

Es gehört sicherlich zu den zentralen Versäumnissen in Latours *Existenzweisen*-Buch, dass er keine unmittelbare Antwort auf diese Frage geben kann, obwohl er die Kreuzung der Existenzweisen als zentrales Charakteristikum und „Herz“ seiner Soziologie betrachtet (Latour 2014 a: 103). Es gibt jedoch einige Anhaltspunkte dafür, wie eine theorieimmanente Antwort auf die Frage nach dem operativen Zusammenspiel zwischen der Politik und den anderen

Existenzweisen aussehen könnte. Hier kommt der Modus der Organisation ins Spiel. Als Organisation bezeichnet Latour eine Existenzweise, deren Einfluss allzu häufig auf die Domäne der Ökonomie reduziert wird. Er plädiert stattdessen dafür, den Begriff allgemeiner anzusetzen. Organisationen strukturieren demzufolge sämtliche Bereiche des menschlichen Zusammenlebens, denn „wir sind ständig dabei, zu organisieren oder organisiert zu werden“ (Latour 2014 a: 527). Vermeintliche Ebenendifferenzen zwischen Mikro und Makro spielen dabei keine Rolle, Prozesse des Organisierens sind dazu in der Lage, „in ihrer Spur Organisation zu hinterlassen, in welcher Größenordnung auch immer“ (Latour 2014 a: 528). Durch organisatorische Aktivitäten entstehen „Skripte“ (Latour 2014 a: 528), die Handlungsverläufe mit unterschiedlichen Reichweiten festlegen und verbinden. Dadurch wird ein individuelles Koordinationsproblem gelöst, während ein relationales entsteht, denn in der Praxis prallen Skripte von verschiedenen Akteuren aufeinander, die kompatibel gemacht werden müssen, wie Latour am Beispiel einer einfachen Verabredung aufweist (Latour 2014 a: 530ff). Die größte Herausforderung des Organisierens besteht demnach darin, Situationen zu bewältigen, in denen sich verschiedene Skripte „stapeln“, weil „inkohärente Rollen“ und widersprüchliche „Projekte“ aufeinandertreffen (Latour 2014 a: 536ff). Da zur Synchronisation konfligierender Skripte weder transzendente noch gesellschaftliche „Metaverteiler“ (Latour 2014 a: 542) zur Verfügung stehen, welche das Chaos sozialer Vollzüge von oben herab koordinieren könnten, richtet sich Latours Blick auf lokale, organisatorische Akte, die dazu in der Lage sind, Skripte situationsspezifisch aufeinander abzustimmen und umzuschreiben. Hierbei scheint Latour sowohl an einmalige als auch an institutionalisierte Formen der Organisation zu denken.

Über den ORG-Modus ergibt sich nun die Möglichkeit, mit Latour die Ereignisse an der Kreuzung verschiedener Existenzweisen zu erfassen. Dazu muss eine Kreuzung als organisatorische Kopplung unterschiedlich modulierter Skripte vorgestellt werden. Politisch, juristisch, religiös oder wissenschaftlich codierte Handlungsverläufe werden durch organisatorische Aktivitäten angepasst und koordiniert. Latour hat es unterlassen, diese begriffliche Option in seinem Modell auszuarbeiten, der Text legt diese Möglichkeit zwar nahe, doch der Autor äußert sich nicht über Träger und Arenen bei der organisationalen Kreuzung und Vermittlung verschiedener Existenzmodi. Wenn es also um die Frage geht, wie genau im Modus der Politik das Zusammenspiel mit anderen Operationsketten organisiert werden könnte, klappt bei Latour eine Lücke. Diese Leerstelle soll im nächsten Schritt geschlossen werden, um von hier aus die Frage nach den Wirklichkeitsbezüge des Politikmodells überhaupt untersuchen zu können. Meine Hypothese lautet, dass politische Repräsentanten bei der praktischen Bewältigung auf hybride Organisationen stoßen, die dazu geeignet sind, solche Herausforderungen anzugehen. Die operative Einbindung solcher Organisationen bietet die Möglichkeit zur Synchronisation der Skripte von Politik und Gesellschaft.

Als „Hybridorganisationen“ möchte ich im Folgenden Institutionen bezeichnen, die sich an der Schnittstelle zwischen Politik und gesellschaftlicher Umwelt herausbilden und diese Bereiche miteinander verbinden, indem sie die verschiedenen Skripte koordinieren. Durch die Synchronisation der Ereignisse kommt es zu einer operativen Verbindung heterogener Operationsketten. Hybridorganisationen zeichnen sich dadurch aus, dass sie sich selbst keinem eindeutig fixierten, bereichsspezifischen Code oder Wertmaßstab zuordnen lassen. Sie entstehen am „heteronomen Pol“ sozialer Felder (Bourdieu 1996), also dort, wo die Übergänge fließend und die Systemgrenzen unscharf werden. In diesen Übergangs- und Transaktionszonen treffen Protagonisten unterschiedlicher Bereiche unmittelbar aufeinander. Auf diese Weise kommt es nicht nur zur Kollision heterogener Interessen, Feldlogiken und Zeitregime. Vielmehr ergibt sich daraus die Möglichkeit zur produktiven Überbrückung sachlicher, sozialer, räumlicher und zeitlicher Differenzen. Dabei sind bilaterale und multilaterale Synchronisationsvorgänge denkbar. Eine Hybridorganisation kann also zwischen Politik und Wirtschaft vermitteln (bilaterale Schnittstelle) oder auf die Koordination zwischen Politik, Recht, Wirtschaft, Sport und

Massenmedien hinwirken (multilaterale Schnittstelle). Der Unterschied zur bereichsspezifischen Kernorganisation besteht darin, dass Hybridorganisationen ganz explizit auf die intermediäre Vermittlung verschiedener Lebensbereiche ausgelegt sind. Sie begnügen sich nicht mit der Ausbildung spezieller Abteilungen, die zur Regulierung externer Beziehungen herangezogen werden (Presseabteilung, Rechtsabteilung, Marketingabteilung etc.). Vielmehr fungiert die gesamte Organisation als Scharnier, die Synchronisation verschiedener Existenzweisen ist oberster Zweck und einziger Existenzgrund. Hybridorganisationen leisten damit einen Beitrag zur sachlichen, zeitlichen und sozialen Integration differenzierter Gesellschaften. In der Soziologie ist dieser Beitrag bislang übersehen worden, auch in der Organisationssoziologie fehlt eine derartige Vorstellung erstaunlicherweise bislang (vgl. u. a. Allmendinger / Hinz 2002; Apelt / Tacke 2011). Diese konzeptionelle Leerstelle ist bemerkenswert, lässt sich aber dadurch erklären, dass ein Großteil der Organisationsstudien auf die Erforschung teilsystemischer Kerninstitutionen konzentriert ist (Medizin: Krankenhäuser, Bildung: Schulen, Wissenschaft: Universitäten, Religion: Kirchen, Wirtschaft: Betriebe, Sport: Vereine). Auf diese Weise lässt sich die Reproduktion einer bestimmten Sachlogik sehr genau herausarbeiten, sofern eine gesellschaftstheoretische Perspektive eingenommen wird, doch die Ereignisse an den Schnittstellen, um die es mir geht, geraten durch den Fokus auf Kernorganisationen tendenziell aus dem Blick. Das Konzept der Hybridorganisation soll diese Lücke schließen und dabei helfen, das soziologische Sensorium für die Ereignisse in den Zwischenräumen des Sozialen künftig zu schärfen.

Die konzeptionelle Reichweite von Hybridorganisationen ist grundsätzlich nicht auf die intermediäre Vermittlung zwischen Politik und Gesellschaft beschränkt, Arenen der Synchronisation lassen sich auch zwischen Recht und Ökonomie, Religion und Kunst, Sport und Massenmedien etc. ermitteln. Diese Untersuchung beschränkt sich aber auf die empirisch gesättigte Entwicklung von Latours *politischer* Soziologie. Daher geht es im Folgenden um zwei Organisationen, die sich in dem von ihm anvisierten Grenzbereich zwischen Politik, Wissenschaft und biophysischer Natur eingerichtet haben. Im Fokus steht dabei die Frage, inwiefern der *Deutsche Ethikrat* und die *Weltklimakonferenz* zur demokratischen Gestaltung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse beitragen. Kann angesichts der dort organisierten Kopplung zwischen Politik und Wissenschaft von einer Demokratisierung der Natur gesprochen werden?

3. Fallbeispiele: Deutscher Ethikrat und Weltklimakonferenz³

Der Deutsche Ethikrat als politisches Frühwarnsystem

Der Deutsche Ethikrat (ER) ist ein unabhängiger Sachverständigenrat, der in seiner heutigen Form seit dem Jahr 2008 existiert.⁴ Zu seinen Mitgliedern zählen Persönlichkeiten aus den Bereichen Medizin, Theologie, Religion, Philosophie, Recht, Ökonomie, Sozialwissenschaft, Naturwissenschaft und Kunst. Neben einer Vielzahl von Professoren gehören dem Gremium drei ehemalige Berufspolitiker an, die durch ihre persönlichen Kontaktbeziehungen eine besondere Funktion bei der Synchronisation von Wissenschaft und Politik erfüllen. Laut Ethikratsgesetz verfolgt der Rat „die ethischen, gesellschaftlichen, naturwissenschaftlichen, medizinischen und rechtlichen Fragen sowie die voraussichtlichen Folgen für Individuum und Gesellschaft, die sich im Zusammenhang mit der Forschung und den Entwicklungen insbe-

3 Die Analyse von Deutschem Ethikrat und Weltklimakonferenz als Hybridorganisationen zwischen Politik, Natur und Wissenschaft beruht auf empirischem Material, das im Rahmen eines DFG-Projektes („Desynchronisierte Gesellschaft? Politische Herausforderungen an den Schnittstellen des Sozialen“, Laufzeit 09/2013-08/2016) mit Hilfe von ethnografischen Studien, leitfadengestützten Interviews und Dokumentenanalysen in den Jahren 2014 und 2015 erhoben wurde.

4 Vorläuferorganisation war der „Nationale Ethikrat“ (seit 2001), der Jahr 2008 unter anderen gesetzlichen Vorzeichen in den Deutschen Ethikrat überführt wurde.

sondere auf dem Gebiet der Lebenswissenschaften und ihrer Anwendung auf den Menschen ergeben“ (§ 2, Abs. 2). Die Organisation zielt dabei auf die Information und Förderung öffentlicher Debatten unter Einbeziehung verschiedener gesellschaftlicher Gruppen (1.), die Erarbeitung von Empfehlungen für gesetzgeberisches Handeln (2.) sowie die internationale Zusammenarbeit mit Ethikräten in anderen Staaten (3.).

Der ER hat 26 Mitglieder, die von den Fraktionen des Deutschen Bundestages und den Mitgliedern der Bundesregierung für vier Jahre berufen werden. Die Koordination der Arbeiten erfolgt über eine kleine, aber effizient strukturierte Geschäftsstelle, die über ein Dutzend Büroräume in der Akademie der Wissenschaften am Berliner Gendarmenmarkt verfügt. Von hier aus organisieren zwei wissenschaftliche Referentinnen thematisch wechselnde Arbeitsgruppen, die das programmatische Gravitationszentrum des ER bilden. Die Geschäftsführung ist für die Kommunikation mit politischen Entscheidungsträgern und (massenmedialer) Öffentlichkeit zuständig. Dazu gehört auch die Beantwortung von Bürgeranfragen, die in der Praxis jedoch eher selten sind. Schließlich bereitet die Geschäftsstelle die monatlichen Plenarsitzungen vor, zu denen sich alle Mitglieder in Berlin versammeln.

Der Arbeitsschwerpunkt des ER liegt bei der ethischen Reflektion der Effekte wissenschaftlicher Innovationen für das kollektive Zusammenleben. Thematisch wird eine enorme Bandbreite abgedeckt: Inzestverbot, Enhancement, Organspende, Sterbehilfe, Leihmutterchaft, Stammzellforschung, Reproduktionsmedizin, Intersexualität, Mensch-Tier-Mischwesen, Humanbiobanken oder Big Data. Die Agenda wird durch Aufträge der Bundesregierung und selbstgesetzte Themen bestimmt, laut Gesetz kann der ER zwar auch durch das Parlament beauftragt werden, bislang konnte dafür aber kein Verfahren gefunden werden, was nicht zuletzt mit den begrenzten personellen und finanziellen Ressourcen der kleinen Hybridorganisation zusammenhängt.

Das zentrale Format des ER ist laut eigenen Bekundungen die Stellungnahme. Diese schriftlichen Abhandlungen werden über Monate hinweg in Arbeitsgruppen erarbeitet, über eine Datenbank von den Mitgliedern im Homeoffice weiterentwickelt und in gemeinsamen Plenarsitzungen finalisiert und verabschiedet. Am Ende der etwa dreihundertseitigen Texte stehen politische Handlungsempfehlungen. Falls kein Konsens möglich ist, werden Sondervoten hinzugefügt, in denen abweichende Einschätzungen dargelegt werden. Nach Einschätzung eines befragten Mitglieds sind Sondervoten „unvermeidlich“, um bei komplexen Issues überhaupt zu einer gemeinsamen Stellungnahme zu kommen. Sie stören jedoch die Außenbeziehungen, denn Politik und Medien hoffen auf „eindeutige Signale“.

Für die Öffentlichkeit bleibt der Prozess der Genese und Verabschiedung von Stellungnahmen im ER weitgehend intransparent. Die Plenen sind grundsätzlich offen für Besucher, faktisch finden sie jedoch in neun von zehn Fällen unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Auf Nachfrage wird diese Praxis damit begründet, dass häufig Betroffene eingeladen werden, deren Erzählungen nicht für Externe bestimmt sind. Auch die Sitzungen der AGs sowie die computergestützte Arbeit am Text vollziehen sich unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Für Außenstehende verbleiben zwei Möglichkeiten: Der Beginn organisationsinterner Willensbildung kann bei Anhörungen, Foren oder Jahrestagungen verfolgt und die Resultate der Konsultationen und Hierarchisierungen können über Pressemitteilungen, Jahresberichte und publizierte Stellungnahmen nachvollzogen werden. Die Transformationsschritte bleiben dagegen intern, partizipative Elemente sind nicht vorgesehen, selbst die politischen Parteien werden nicht in den Willensbildungsprozess der Mitglieder einbezogen. Das gilt letztlich auch für die sichtbarste Veranstaltung, die Jahrestagung. Diese widmet sich stets einem aktuellen Oberthema (zuletzt: Big Data), das in Vorträgen und Podiumsdiskussionen durch Experten erörtert wird. In der Regel nehmen circa 500 Personen teil. Der Teilnehmerkreis ist jedoch keineswegs repräsentativ, was nicht zuletzt an der hohen Komplexität der Themen und den vorausset-

zungsreichen Debatten liegt, vielmehr kommt ein Großteil der Gäste aus thematisch verwandten Organisationen. Wenn man von gelegentlichen Medienauftritten der Vorsitzenden absieht, dann lässt sich festhalten, dass der ER seiner gesetzlich fixierten Aufgabe, „öffentliche Debatten unter Einbeziehung verschiedener gesellschaftlicher Gruppen“ zu organisieren, unter den gegenwärtigen Umständen nur in sehr eingeschränktem Maße erfüllen kann. Der Meinungsbildungsprozess bleibt eine interne Angelegenheit, die (wissenschaftlichen) Experten bleiben weitgehend unter sich.

Der ER ist sehr viel stärker am wissenschaftlichen Diskurs orientiert als an medialen Themenkonjunkturen oder bürgerlichen Willensbekundungen. Als bewusst installiertes Scharnier zwischen Wissenschaft und Politik richtet sich der Blick zum einen auf die wissenschaftliche Laborpraxis, zum anderen auf die politischen Entscheidungsträger, so leitet der Rat „seine Stellungnahmen dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung vor der Veröffentlichung zur Kenntnis zu [und] berichtet dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung zum Ablauf jedes Kalenderjahres schriftlich über seine Aktivitäten und den Stand der gesellschaftlichen Debatte“ (§ 2, Abs. 4). Darüber hinaus gibt es regelmäßige Treffen mit Regierungsvertretern, Ausschussbesuche sowie Parlamentarische Abende, bei denen die Mitglieder des ER in aufgelockerter Atmosphäre den persönlichen Kontakt zu den Parlamentariern suchen. Der ER ist in seiner Arbeitsweise und seinen Stellungnahmen unabhängig von politischen Mehrheitsverhältnissen, er bezahlt diese relative Unabhängigkeit jedoch mit einem Machtdefizit im Prozess der Hierarchisierung, denn die Organisation hat keinerlei Entscheidungsbefugnisse. Die Stellungnahmen haben in der Vergangenheit zwar immer wieder den Weg in politische Gesetzestexte gefunden, wie die Mitglieder versichern. Gerade bei grundsätzlichen Fragen, in denen es um die Grenzen des Sozialen geht, darf der Einfluss des ER nicht unterschätzt werden. Das hat sich etwa bei Themen wie Hirntod, Babyklappen oder Präimplantationsdiagnostik gezeigt. Und auch bei der soziologisch virulenten Diskussion um den Umgang mit intersexuellen Menschen haben die Stellungnahmen des ER dazu geführt, dass die Geschlechterkategorie bei der Geburt im Personalausweis zunächst einmal offengelassen werden darf. Es gibt aber auch Gegenbeispiele, bei denen die Analysen des ER weitgehend ignoriert wurden, denn die Stellungnahmen müssen von der Politik laut Gesetz lediglich „zur Kenntnis“ genommen werden. In der Praxis des politischen Alltags führt eine derartige Formulierung dazu, dass ein Papier weitgehend ignoriert wird, da die Parlamentarier aufgrund der Fülle ihrer Aufgaben und der notorischen Zeitknappheit nur solche Vorgänge erfassen, die aufgrund ihrer Brisanz unmittelbar entscheidungsrelevant sind. „Eine dreihundertseitige Stellungnahme, die zur Kenntnis gegeben wird, fällt in der Flut der Dokumente einfach schnell unter den Tisch“, wie ein befragter Bundestagsabgeordneter unumwunden zugibt. Der ER hat auf dieses Problem kürzlich reagiert und mit der „Ad-hoc-Stellungnahme“ ein Instrument institutionalisiert, welches das geringe Zeitbudget der Politiker und den öffentlich erzeugten Zeitdruck in Rechnung stellt, indem sich die Mitglieder mit etwa vierseitigen Stellungnahmen zu aktuellen Themen zu Wort melden. Dieses Instrument hat sich laut Aussage der Geschäftsführung als „erstaunlich wirkungsvoll“ erwiesen, es soll jedoch „auch in Zukunft nur in Ausnahmefällen zum Einsatz kommen, da zu befürchten ist, dass bei Ad-hoc-Stellungnahmen die wissenschaftliche Sorgfalt leidet“.

Ausgehend von dieser schlaglichtartigen Analyse zeigt sich, dass der ER trotz gewisser Strukturanalogien nicht als empirische Manifestation eines Parlaments der Dinge gelten kann. Im ER versammeln sich zwar Kompetenzen aus verschiedenen Bereichen der Gesellschaft, um sich über kollektive Angelegenheiten zu verständigen, die sich an der Natur-Kultur-Grenze ereignen. Doch es fehlt eine stärkere Einbeziehung der Öffentlichkeit in die Konsultationen sowie an Machtressourcen zur verbindlichen Hierarchisierung und institutionellen Implementierung der Beschlüsse. Als hybride Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik kann der ER jedoch bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine wichtige Funktion erfüllen, indem er

durch seine Expertise in verschiedenen Forschungsbereichen die gesellschaftliche Tragweite wissenschaftlicher Innovationen frühzeitig erkennt, für Perplexität sorgt und damit das Kollektiv in Alarmbereitschaft versetzt. Diese Funktion möchte ich abschließend anhand eines kurzen Beispiels veranschaulichen.

Im Sinne eines politischen Frühwarnsystems hat der ER auf seiner Jahrestagung 2014 auf ein medizinisches Verfahren zum Einfrieren weiblicher Eizellen aufmerksam gemacht, mit dessen Hilfe sich die ‚natürliche‘ Fertilitätsphase der Frau quasi unbegrenzt verlängern lässt („Social Freezing“). Falls eine Frau ihre Eizellen rechtzeitig einfrieren lässt, kann sie noch im Alter von 60 oder 70 Jahren ein Kind zur Welt bringen. Sie kann also zuerst Karriere machen oder eben auf den richtigen Partner warten. Eine reproduktionsmedizinische Innovation wie diese könnte weitreichende Folgen für das gesellschaftliche Zusammenleben zeitigen. Der ER hat dieses Thema kontrovers diskutiert und frühzeitig auf ein Phänomen aufmerksam gemacht, das die politische Frage aufwirft, ob man dieses Instrument weiterhin ermöglichen und vielleicht sogar staatlich fördern sollte (im Sinne der weiblichen Selbstbestimmung) oder ob man aufgrund individueller Risiken und gesellschaftlicher Nebenfolgen ein Verbot oder zumindest ein Alterslimit einführen sollte (wie das etwa in Israel bereits praktiziert wird). Diese Frage stand dank des ER bereits seit Juni 2014 im Raum, und damit vier Monate bevor das Thema einen zweiwöchigen ‚Medien-Tsunami‘ auslöste, weil amerikanische Unternehmen das Potenzial der Technologie erkannt hatten, und ihren Mitarbeiterinnen die Übernahme der Kosten für Social Freezing im Rahmen (unmoralischer?) Stellenangeboten in Aussicht stellten. Politiker aller Parteien hielten sich damals zurück, wenn sie um ihre Einschätzung dazu gebeten wurden. Einige Parlamentarier waren durch den ER vorbereitet, eine innerparteiliche oder gar überparteiliche Willensbildung hatte jedoch noch nicht stattgefunden, die Personen waren daher noch nicht „sprechfähig“. Trotzdem konnten die befragten Familien- und Sozialpolitiker auf die vorangegangene Debatte im ER verweisen und so den öffentlichen Eindruck vermitteln, dass sie die Situation vorausschauend im Griff haben und längst mit der Konsultation begonnen haben. In dem hier skizzierten Fall fungiert der ER somit als Frühwarnsystem, das Ereignisse an der Natur-Kultur-Grenze sichtbar macht und in den Diskurs einpeist. Auf diese Weise leistet die kleine Hybridorganisation einen lokalen Beitrag zur Synchronisation von Wissenschaft, Politik und biophysischer Natur. Die Tatsache, dass die Politik in vielen anderen Fällen erst zur Kenntnis nimmt, was im ER passiert, sobald die Medien darüber berichten, deutet allerdings darauf hin, dass die Kreuzung zwischen politischen und wissenschaftlichen Skripten durch eine Aufwertung des ER in den kommenden Jahren besser organisiert werden müsste.

Die Pariser Weltklimakonferenz als Versammlung an der Natur-Kultur-Grenze

Der Unterschied zwischen dem Deutschen Ethikrat und der zweiten Organisation, um die es hier gehen soll, könnte auf den ersten Blick kaum größer sein. Der ER ist eine Organisation mit 26 Mitgliedern und einem Jahresbudget von 1,7 Millionen Euro, die Weltklimakonferenz, die im Dezember 2015 in Paris stattfand, war dagegen die größte diplomatische Verhandlung der Menschheitsgeschichte. Bei der zweiwöchigen Versammlung waren 195 Vertragsstaaten vertreten, 150 Staats- und Regierungschefs anwesend und 40.000 Teilnehmer akkreditiert. Das Budget der Konferenz lag nach Angaben des Veranstalters bei 170 Millionen Euro. Trotz dieser enormen Differenz gibt es aus der hier eingenommenen Untersuchungsperspektive eine zentrale Struktur analogie, die darin besteht, dass sich beide Organisationen ganz explizit als Vermittlungsagenturen zwischen Politik und Wissenschaft begreifen, die Streitsachen an der Natur-Kultur-Grenze adressieren. Während der ER auf bio- und medizinethische Fragen im nationalen Rahmen spezialisiert ist, beschäftigt sich die Weltklimakonferenz mit der politischen Bewältigung des globalen Klimawandels. In beiden Fällen haben wir es mit Hybridorganisationen zu tun, in denen wissenschaftlich-technische und politische Skripte aufeinanderprallen, die im ORG-Modus synchronisiert werden (sollen).

Zunächst fällt an den Weltklimakonferenzen auf, dass der Einfluss der Scientific Community beträchtlich ist. Dieser Umstand hängt mit der historisch gewachsenen Sonderrolle des Weltklimarates (Intergovernmental Panel on Climate Change, kurz: IPCC) zusammen. Der IPCC wurde 1988 auf Initiative des UN-Umweltprogramms (UNEP) und der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) als unabhängiges Expertengremium gegründet, welches keine eigene Forschung betreibt, sondern den aktuellen Stand der Klimaforschung bündelt und beurteilt. Die Sachstands- und Sonderberichte des IPCC beruhen auf der weltweit veröffentlichten Forschungsliteratur. Aus den Berichten, die alle fünf Jahre erscheinen und einen Umfang von mehr als 3.000 Seiten aufweisen, werden kurze Zusammenfassungen destilliert, die sich unmittelbar an die politischen Entscheidungsträger richten. Die Mitarbeit an den Berichten ist ehrenamtlich, Wissenschaftler aus allen Weltregionen sind an der Arbeit beteiligt und die Autorentams werden für jeden Bericht neu zusammengestellt. Dadurch sollen Vorbehalte gegen die Objektivität der Befunde vonseiten einzelner Staaten ausgeräumt werden. Politische Akzeptanz ist von entscheidender Bedeutung, denn die Berichte sollen eine wissenschaftlich fundierte Grundlage für klimapolitische Entscheidungen liefern.

Der erste Sachstandsbericht des IPCC wurde im Jahr 1990 publiziert und gilt als Geburtsstunde der Weltklimakonferenzen, denn darin wird die Staatenwelt aufgefordert, eine politische Lösung zu finden, um dem Klimawandel und seinen pathologischen Effekten entgegenzuwirken. „Ohne die Initiative des IPCC wären wir alle gar nicht hier“, konstatiert daher auch ein Delegierter aus Saudi-Arabien in einem Statement am dritten Tag der Pariser Verhandlungen. Die UN-Generalversammlung folgte damals dem Vorschlag des IPCC und erarbeitete eine Klimarahmenkonvention (United Nations Framework Convention on Climate Change, kurz: UNFCCC), die 1992 beim Erdgipfel in Rio de Janeiro von den UN-Staaten angenommen wurde. Mit der UNFCCC verpflichten sich die Staaten erstmals in der Geschichte dazu, die anthropogene Zerstörung des planetarischen Klimas zu verhindern, die globale Erderwärmung zu verlangsamen und die daraus entstehenden Folgen abzumildern. 1995 tritt dann in Berlin die erste Weltklimakonferenz zusammen („Conference of the Parties“, kurz: COP). Seitdem findet jedes Jahr eine Weltklimakonferenz statt (flankiert von unzähligen kleineren Konferenzen, AGs und Workshops), bei der die Staaten in diplomatischen Verhandlungen darum ringen, aus den deutungsoffenen Formulierungen der UNFCCC konkrete Politikziele und verbindliche Maßnahmen abzuleiten.⁵ Als gravierendes Hindernis erweist sich dabei das politische Prinzip der Einstimmigkeit. Weil viele Staaten das Risiko eines Souveränitätsverlusts scheuen, wurde bei Weltklimakonferenzen noch nie eine Geschäftsordnung angenommen. Um trotzdem eine Verfahrensgrundlage zu haben, treten in Paris provisorische Bestimmungen der Vereinten Nationen in Kraft, nach denen sämtliche Beschlüsse der Versammlung „einmütig“ gefällig werden müssen. Somit kann auch der kleinste Staat einen mühsam verhandelten Beschluss der restlichen Teilnehmer aufgrund von nationalen Sonderinteressen oder grundsätzlichen Vorbehalten blockieren, was in Paris auch beinahe passiert wäre, denn aus Delegationskreisen war zu hören, dass Nicaragua ohne die telefonische Intervention von Papst Franziskus das Klimaschutzabkommen in letzter Minute noch abgelehnt hätte.

An den Konferenzen nehmen nicht nur staatliche Delegationen teil, sondern auch Medienvertreter, NGOs, Wirtschaftsverbände, Konzernvertreter, Umweltverbände, soziale Bewegungen und Forscher. Obwohl diese Gruppen nur einen Beobachterstatus und somit kein Stimmrecht haben, versuchen sie das Verhandlungsgeschehen vor Ort zu beeinflussen. Über persön-

5 Bis zum Pariser Abkommen war das wichtigste Desiderat der Weltklimakonferenzen sicherlich die Erweiterung der UNFCCC durch die Verabschiedung des Kyoto-Protokolls im Jahr 1997, da so zum ersten Mal völkerrechtlich verbindliche Ziele für die Reduktion von Treibhausgasemissionen festgelegt wurden. Die Durchschlagskraft des Protokolls ist freilich begrenzt, da große Industrienationen wie die USA eine Ratifizierung bis heute ablehnen, während bedeutende Schwellenländer wie China oder Indien gar nicht von den Regelungen des Protokolls erfasst werden.

liche Gespräche, Informationsveranstaltungen, Fachvorträge, Statements im Plenum oder Demonstrationen auf und außerhalb des Geländes wird während der Konferenz versucht, die Entscheidungsfindung in die gewünschte Richtung zu lenken. Die inhaltliche Beeinflussung der Hierarchisierung erweist sich als enorme Herausforderung, denn die Diplomaten befinden sich im Grunde rund um die Uhr in Verhandlungen und bekommen während der Konferenz wenig davon mit, was um sie herum abläuft. Die Gruppe der Wissenschaftler ist auf der Konferenz sehr präsent, einige als Observierer, die im Rahmen der zahlreichen Nebenveranstaltungen auf dem Gelände Vorträge halten, andere als Teil nationaler Delegationen, wo sie als Berater die politischen Verhandlungsführer bei ihrer Arbeit unterstützen. Vor allem aber sind die konkreten Inhalte der politischen Verhandlungen maßgeblich durch den klimawissenschaftlichen Expertendiskurs geprägt. Die Tatsache, dass auf der Konferenz das Ziel ausgegeben wird, die Erderwärmung auf unter 2°C im Vergleich zum Beginn der Industrialisierung (ca. 1850) zu begrenzen und zur Erreichung dieses Ziels weitreichende Maßnahmen zur CO²-Reduktion in der Atmosphäre einzuleiten, ist nur durch den starken Einfluss des IPCC zu erklären. Den Experten vom IPCC ist es in den letzten Jahren im institutionalisierten Dialog mit der Politik nicht nur gelungen, die Regierungen davon zu überzeugen, dass sich das irdische Klima durch menschliche Einflüsse verändert, sondern auch, dass durch diesen Wandel pathologische Entwicklungen in Gang gesetzt werden, die nach unverzüglichen Gegenmaßnahmen verlangen. Das Pariser Abkommen zeigt, dass die Klimawissenschaft plausibel machen konnte, dass beim Erreichen einer bestimmten Durchschnittstemperatur eine Kettenreaktion einsetzt, die zum Abschmelzen der Gletscher, zum Anstieg der Meeresspiegel sowie zur Zunahme von Stürmen und anderen Extremwetterereignissen führen würde. Auch bei den Gegenmaßnahmen, die zur Abmilderung („Mitigation“) des Klimawandels diskutiert werden, haben sich die Forscher durchgesetzt, so konzentriert sich die politische Debatte in Paris vom ersten Tag an fast ausschließlich auf die Reduktion von Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2050. Im Bereich des Umwelt- und Klimaschutzes wären unzählige Maßnahmen denkbar, doch die Politik folgt an dieser entscheidenden Stelle den Empfehlungen der Wissenschaft und reduziert damit den politischen Entscheidungsspielraum ganz erheblich. Die Anerkennung der Wissenschaft als legitimer Sprecher und objektiver Repräsentant einer vom Menschen bedrohten Natur kulminiert schließlich in einem Appell von UN-Generalsekretär Ban Ki-moon am letzten Tag der Pariser Konferenz: „Nature is sending us an urgent signal. We must do what the science says!“

Politische Entscheider führen bei den Weltklimakonferenzen freilich nicht einfach aus, was wissenschaftliche Experten ihnen zuflüstern. Die Klimawissenschaft arbeitet mit komplexen Modellen und Szenarien, dabei werden verschiedene Handlungspfade aufgezeigt, zwischen denen eine politische Auswahl getroffen werden muss. Im politischen Prozess muss nicht nur eine Einigung zwischen heterogenen nationalen Interessen herbeigeführt werden, vielmehr müssen auch die sozialen und ökonomischen Konsequenzen der verschiedenen Handlungspfade kalkuliert werden. Um den Übersetzungsaufwand zwischen Wissenschaft und Politik zu minimieren, wird der Rat über die Gremien der Weltklimakonferenz immer wieder dazu angehalten, möglichst realistische, d.h. politisch umsetzbare Szenarien zu berechnen. So wurde etwa gegen Ende der ersten Verhandlungswoche in Paris von einigen Ländergruppen der explizite Wunsch geäußert, der IPCC möge untersuchen, welche politischen Maßnahmen nötig wären, um den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf 1,5°C zu begrenzen. Eine derartige Berechnung lag nicht vor, denn es galt im Vorfeld als extrem unwahrscheinlich, dass ein so ambitionierter Entwicklungspfad politisch durchsetzbar sein könnte. Zur Überraschung der meisten Beteiligten ergab sich in den Pariser Verhandlungen jedoch diese unerwartete Chance und so stand plötzlich in der Hauptverhandlung die Frage im Raum, ob jemand vom IPCC in der Nähe ist, der zu dieser Frage konsultiert werden kann. Die Politik kann ihren Weg in diesem Fall also nicht alleine beschreiten, sondern ist ganz im Sinne Latours auf die operative Einbeziehung wissenschaftlicher Kompetenzen angewiesen. Vor dem gerade explizierten

Hintergrund und anhand dieser kurzen Sequenz lässt sich somit ablesen, wie auf der Pariser Konferenz der Zusammenprall von politischen und wissenschaftlichen Skripte organisiert wird. Die Weltklimakonferenz erweist sich dabei als Hybridorganisation an der Natur-Kultur-Grenze, von der Impulse in Richtung Politik und Wissenschaft ausgehen.

Mehr noch: Die Pariser Konferenz entspricht weitgehend Latours Idealvorstellung von einem Parlament der Dinge. Denn wir haben es hier mit einem politischen Prozess zu tun, der durch einen spezifischen Konfliktgegenstand angetrieben wird (den anthropogenen Klimawandel) und der zahlreiche Sprecher und Betroffene evoziert, denn neben Wissenschaftlern und Berufspolitikern tummeln sich in den Verhandlungsräumen auch mehrere tausend Vertreter von Medien, Umweltverbänden, Menschenrechtsorganisationen, Gewerkschaften, Konzernen, Indigenen etc. Sie alle versammeln sich für zwei Wochen an einem Ort und treten ein in Verhandlungen über Ereignisse an der Natur-Kultur-Grenze. Wenn man in der Sozialdimension für einen Moment ausblendet, dass die Konferenz ein Treffpunkt der Eliten ist, bei dem die unteren Schichten der Gesellschaft bestenfalls repräsentiert, aber nicht präsent sind, dann wirkt die Pariser Konferenz wie eine Miniaturversion der Gesellschaft, da hier nahezu alle sozialen Felder vertreten sind (Politik, Medien, Ökonomie, Wissenschaft, Religion, Militär, Recht). Die Macht zur Hierarchisierung der verschiedenen Handlungsoptionen durch kollektiv verbindliche Entscheidung bleibt zwar am Ende den (gewählten) Repräsentanten der nationalen Regierungen vorbehalten. Doch das steht nicht in Widerspruch zu Latour, denn dessen Politikmodell zielt nicht auf die (direktdemokratische) Kollektivierung politischer Entscheidungen, sondern auf die aktive Einbeziehung verschiedener Kompetenzen im Rahmen eines skrupulösen Übersetzungsprozesses, an dessen vorläufig-endlgültigem Ende ein neuer Gesellschaftsvertrag steht. Den Anforderungen dieses Modells wird die Pariser Konferenz auch dann noch gerecht, wenn konzediert wird, dass in dem verabschiedeten Vertragstext zentrale Willensbekundungen zu wenig oder gar nicht berücksichtigt wurden. Denn die Heteronomie ist wie wir gesehen haben stets ein integraler Bestandteil der politischen Existenzweise. Autonomie entsteht durch Wiederholung, die Kreisbewegung muss wieder aufgenommen werden, um die Kontroverse über den Klimawandel weiterzuführen, so dass alle Propositionen, die im gegenwärtigen Vertragstext ausgeschlossen sind, eine Chance haben, erneut Gehör zu finden. Die nächste Gelegenheit zur Verlaufskontrolle bietet sich im November 2016. Dann findet in Marokko die 22. Weltklimakonferenz statt.

Fazit: Demokratisierung der Natur?

Zum Abschluss werden nun die zentralen Befunde der vorliegenden Untersuchung in kompakter Form zusammengefasst, um von hier aus Einsatzpunkte für instruktive Folgestudien zu markieren.

In Abschnitt 2 wurde ein integratives Modell der Politik entwickelt, das Elemente aus verschiedenen Werkphasen Latours zusammenbindet. Damit schließt sich eine Forschungslücke, denn bislang standen die frühen Texte zum Parlament der Dinge und neuere Arbeiten zur politischen Existenzweise weitgehend unverbunden nebeneinander. Das aus der Synthese gewonnene Modell liefert einen Überblick über die Bandbreite und die Facetten von Latours politischer Soziologie. Darüber hinaus wurde das Modell mit einem Leitmotiv verbunden, das Latours Denken spätestens seit seinem gesellschaftstheoretischen Essay „Wir sind nie modern gewesen“ (Latour 1991) angetrieben hat. Er gelangt zu der Überzeugung, dass eine demokratische Kontrolle der Ereignisse an der Natur-Kultur-Grenze dringend erforderlich ist, um die forschungsgetriebene Ausbreitung von riskanten Hybriden und Monstren zu reflektieren. Was im Rahmen der vorliegenden Analyse nicht geleistet werden konnte, war ein systematischer Vergleich mit dem sozialwissenschaftlichen Wissensbestand. In Folgestudien wäre daher kritisch zu prüfen, inwiefern Latour mit diesem Modell über die etablierten Ansätze in der poli-

tischen Soziologie hinausweist bzw. dazu in der Lage ist, bestehende Ansätze zu integrieren. Der vorliegende Text sollte dafür lediglich den Grundstein legen.

In Abschnitt 3 wurde das Konzept der Hybridorganisation vorgeschlagen. Damit wurde die von Latour anvisierte Grenze zwischen Politik und Wissenschaft genauer gefasst, um so den bei ihm äußerst zentralen, aber notorisch unklaren Begriff der Kreuzung zu präzisieren. Ausgehend von seinen Bemerkungen zum ORG-Modus wurde mit Latour und über ihn hinaus ein Vorschlag entwickelt, wie man sich die organisatorische Kopplung verschiedener Skripte vorstellen könnte. Das Konzept sollte also ein Problem innerhalb der Latourschen Theoriearchitektur lösen. Das Problem der Vermittlung verschiedener Lebensbereiche stellt sich freilich auch aus anderen Theorierichtungen. Den Begriff der Hybridorganisation verwende ich daher auch im Rahmen eines gesellschaftstheoretischen Forschungsprojektes, in dem es nicht um die Kreuzung von Existenzweisen, sondern um die Synchronisation von Teilsystemen geht. Zukünftig wäre zu prüfen, wie das Koordinationsproblem von anderen soziologischen Ansätzen gelöst wird, um in fundierter Weise abschätzen zu können, inwiefern das hier entwickelte Konzept der Hybridorganisation auch in weiteren Theoriekontexten gewinnbringend zum Einsatz gebracht werden kann.

In Abschnitt 4 wurde Latours Modell schließlich anhand von zwei Fallbeispielen auf seine empirische Anschlussfähigkeit hin geprüft. Dabei konnte mit dem Deutschen Ethikrat eine nationale Hybridorganisation identifiziert werden, die als unabhängiger Sachverständigenrat an der von Latour zentral gestellten Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik operiert. Es hat sich gezeigt, dass der ER zur demokratischen Kontrolle von Hybridisierungsvorgängen an der Natur-Kultur-Grenze beiträgt, indem er das Kollektiv in Alarmbereitschaft versetzt, sobald wissenschaftliche Innovationen kulturhistorisch eingeschliffene Formen des menschlichen Zusammenlebens in Frage stellen. Seine Fähigkeit zur Organisation öffentlicher Konsultationen muss dagegen aufgrund begrenzter personeller und finanzieller Ressourcen als gering eingeschätzt werden. Zudem erkaufte er seine unabhängige Vermittlungsrolle damit, dass er bei der Hierarchisierung von Kontroversen bestenfalls eine untergeordnete Rolle spielt, seine Stellungnahmen müssen von Regierung und Parlament lediglich zur Kenntnis genommen werden, was dazu führen kann, dass sie ohne politisches Echo verhallen. Aus diesen Gründen kann der ER in seiner derzeitigen Form nicht als empirische Manifestation eines Parlaments der Dinge im Sinne Latours betrachtet werden.

Für die Weltklimakonferenz konnte herausgearbeitet werden, dass in dieser global ausgerichteten Hybridorganisation in regelmäßigen Abständen unterschiedliche Skripte miteinander synchronisiert werden. Nicht nur wissenschaftliche und politische, sondern auch rechtliche, ökonomische, mediale und religiöse Handlungslogiken treffen unmittelbar aufeinander, umkreisen den Topos des anthropogenen Klimawandels und verschränken sich zu einem Handlungsprogramm, das sich in Paris nach über zwanzig Jahren Klimadiplomatie erstmals in ein völkerrechtsverbindliches Abkommen eingeschrieben hat. Die Konferenz leistet Beiträge zur Perplexität, Konsultation, Hierarchisierung, Institutionalisierung und Verlaufskontrolle der Kontroverse rund um den weltweiten Klimawandel. In diesem Sinne kommt die Weltklimakonferenz in Paris den Forderungen Latours zur Einberufung eines Parlaments der Dinge erstaunlich nahe.

Das *Ergebnis* der Konferenz ist aus Latours Sicht jedoch kritisch zu betrachten. Die Produktion von riskanten Hybriden wird zwar demokratisiert, aber nicht gedrosselt. Führende Klimaforscherinnen haben bereits auf der Konferenz darauf hingewiesen, dass das im Pariser Abkommen festgeschriebene 1,5°C-Ziel bei gleichzeitigem Verzicht auf eine wirksame Drosselung der Treibhausgasemissionen durch die Dekarbonisierung der Weltwirtschaft letztlich nur durch Geo-Engineering erreichbar sein wird, also durch Wüsten-Reflektoren, Sonnensegel im Weltraum, CO₂-Speicherung im Erdboden oder das Versprühen von Schwefelpartikeln in

der Stratosphäre. Die wissenschaftliche Vermischung von Natur und Gesellschaft wird also weitergehen, ob nun mit oder ohne demokratische Kontrolle. Die Hybriden breiten sich aus.

Literatur

- Allmendinger, Jutta / Hinz, Thomas (Hrsg.) (2002): Organisationssoziologie, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie Sonderheft 42, Wiesbaden.
- Anderson, Benedict (2002): *Imagined Communities: Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*, London.
- Apelt, Maja / Tacke, Veronika (2011): *Handbuch Organisationstypen*, Wiesbaden.
- Beck, Ulrich (1986): *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt / Main.
- Beck, Ulrich / Latour, Bruno (2014): Die Apokalypse duldet keinen Sachzwang. Ein Gespräch von Sabine Selchow mit Ulrich Beck und Bruno Latour, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 15.5.2014, S. 14.
- Blok, Anders (2013): Pragmatic Sociology as Political Ecology: On the many Worthy of Nature(s), in: *European Journal of Social Theory* 16, S. 492-509.
- Bourdieu, Pierre (1996): Die Logik der Felder, in: Ders. (Hrsg.), *Reflexive Anthropologie*, Frankfurt / Main, S. 124-147.
- Brand, Ulrich (2014): Degrowth: Der Beginn einer Bewegung?, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, S. 29-32.
- Derrida, Jacques (2003): *Schurken. Zwei Essays über die Vernunft*, Frankfurt / Main.
- Dörre, Klaus (2014): Intelligent wachsen? Hoffnungen wider die Tretmühle der Akkumulation, in: *WSI-Mitteilungen. Themenheft: Grenzen des Wachstums – Grenzen des Kapitalismus?* 67, S. 562-563.
- Gießmann, Sebastian et al. (Hrsg.) (2009): *Politische Ökologie*, in: *Zeitschrift für Kulturwissenschaften Heft 2*, Bielefeld.
- Lamla, Jörn (2013): Arenen des demokratischen Experimentalismus: Zur Konvergenz von nordamerikanischem und französischem Pragmatismus, in: *Berliner Journal für Soziologie* 23, S. 345-365.
- Latour, Bruno (1991): *Wir sind nie modern gewesen. Versuch einer symmetrischen Anthropologie*, Frankfurt / Main.
- Latour, Bruno (1999 a): *Das Parlament der Dinge. Für eine politische Ökologie*, Frankfurt / Main.
- Latour, Bruno (1999 b): *Die Hoffnung der Pandora. Untersuchungen zur Wirklichkeit der Wissenschaft*, Frankfurt / Main.
- Latour, Bruno (2003): What if we Talked Politics a Little?, in: *Contemporary Political Theory* 2, S. 143-164.
- Latour, Bruno (2004): Whose Cosmos, Which Cosmopolitics? Comments on the Peace Terms of Ulrich Beck, in: *Common Knowledge* 10, S. 450-462.
- Latour, Bruno (2005): From Realpolitik to Dingpolitik or How to Make Things Public, in: Latour, Bruno / Peter Weibel (Hrsg.), *Making things public: atmospheres of democracy*, Cambridge, S. 14-42.
- Latour, Bruno (2007 a): Turning Around Politics. A Note on Gerard de Vries' Paper, in: *Paper for Social Studies of Science*, S. 811-818.
- Latour, Bruno (2007 b): How to Think like a State, in: Wim Van De Donk (Hrsg.), *The Thinking State*, Den Haag, S. 19-32.
- Latour, Bruno (2013): *Kosmokoloss. Eine Tragikomödie über das Klima und den Erdball*; Hörspiel auf Basis des Theaterstücks „Cosmocolosse: a project of Gaia Global Circus“, produziert vom Bayerischen Rundfunk, online verfügbar unter: www.br.de/radio/bayern2/sendungen/hoerspiel-und-medienkunst/hoerspiel-klima-krise-anthropozoen-latour100.html, letztes Abrufdatum: 4.8.2016.
- Latour, Bruno (2014 a): Versuch eines „Kompositionistischen Manifests“, in: *Zeitschrift für Theoretische Soziologie* 2, S. 8-30.

- Latour, Bruno (2014 b): Existenzweisen. Eine Anthropologie der Modernen, Berlin.
- Latour, Bruno (2015): Huit conférences sur le Nouveau Régime Climatique, Paris.
- Latour, Bruno / Weibel, Peter (Hrsg.) (2005): Making Things Public. Atmospheres of Democracy, Cambridge.
- Laux, Henning (2011): Das Parlament der Dinge. Zur Dekonstruktion einer Rezeptionsblockade, in: Soziologische Revue 34, S. 285-297.
- Laux, Henning (2016): Die politische Theorie der Akteur-Netzwerke: Bruno Latour, in: André Brodocz / Gary S. Schaal (Hrsg.), Politische Theorien der Gegenwart, Band 3, Opladen, S. 442-474.
- Lindemann, Gesa (2014): Weltzugänge. Die mehrdimensionale Ordnung des Sozialen, Weilerswist.
- Luhmann, Niklas (1984): Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie, Frankfurt / Main.
- Luhmann, Niklas (2015): Politische Soziologie, hrsg. v. André Kieserling, Berlin.
- Rosa, Hartmut (2016): Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung, Berlin.
- Schroer, Markus (2008): Vermischen, Vermitteln, Vernetzen. Bruno Latours Soziologie der Gemenge und Gemische im Kontext, in: Georg Kneer / Markus Schroer / Erhard Schüttelpelz (Hrsg.), Bruno Latours Kollektive. Kontroversen zur Entgrenzung des Sozialen, Frankfurt / Main, S. 361-398.
- Schroer, Markus (2015): Erde, Klima, Territorien – Konturen einer Geosozioökologie, in: Merkur: Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken 69, S. 93-102.
- Welzer, Harald (2008): Klimakriege. Wofür im 21. Jahrhundert getötet wird, Frankfurt / Main.
- Wittgenstein, Ludwig (1989): Tractatus logico-philosophicus. Tagebücher 1914-1916, Philosophische Untersuchungen, Werkausgabe Band 1, Frankfurt / Main.

Vertr.-Prof. Dr. Henning Laux
Lehrstuhl für allgemeine Soziologie
Schwerpunkt soziologische Theorien
Technische Universität Chemnitz.
Thüringer Weg 9
09126 Chemnitz
Henning.Laux@soziologie.tu-chemnitz.de

